

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882**

14.5.1882 (No. 114)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 14. Mai.

No. 114.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1882.

## Politische Wochenübersicht.

Der 12. Mai war ein Festtag für die Bewohner der Residenzstadt. Hocherfreut sahen sie durch festlich besagten Straßen den verehrten und geliebten Landesherren nach seinem Residenzschlosse fahren und nach so langer und theilweise so ernster und trüber Zeit zum ersten Male wieder von dem Schloßthurm die Fahne wehen, welche die Anwesenheit des gnädigsten Herrn kund gibt. Tausende haben sich persönlich von dem blühenden und kräftigen Aussehen Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs überzeugt und Tausende von Herzen haben sich in freudigem Danke zu Gott erhoben und den Herrn gepriesen, der so Großes gethan hat. In dem ganzen Lande Baden und weit hinaus über dessen Grenzen werden die brauenden Jubelrufe, mit welchen die Residenz den Großherzog begrüßte, lebhaften Wiederhall finden.

Ein großes Glück ist unserm greisen Kaiser, seiner erhabenen Gemahlin und seinem hohen Hause durch die Geburt eines Urenkels zu Theil geworden und die Welt gewöhnt zu sehen, daß die Vorsehung den ganzen Reichthum der Gaben, mit denen sie die Menschheit segnet, über das theure Haupt des kaiserlichen Herrn ausgießt, erblickt theilnahmvolles das seltene Schauspiel, daß es einem mächtigen Monarchen gegönnt ist, in drei Generationen jene zu schauen, die nach menschlichem Ermessen dermal einst seine Nachfolger auf dem Throne sein werden. Die wärmsten Wünsche eines großen und treuen Volkes umschweben die Wiege des neugeborenen Prinzen.

Der deutsche Reichstag, noch eine kurze Spanne Zeit neben dem preussischen Landtage versammelt, dessen Schluß am 11. Mai erfolgt ist, hat nun die wichtigsten Verhandlungen über die von der Reichsregierung ihm vorgelegten Gesetzentwürfe mit der ersten Lesung der Tabakmonopolvorlage begonnen. Obwohl schon aus den bisherigen Verhandlungen mit Sicherheit hervorgeht, daß die Vorlage im Reichstage keine Mehrheit auf sich vereinigen wird, so scheint doch sicher, daß die Verweigerung derselben an eine Kommission beschloffen werden wird. Den Herrn Reichskanzler verhindert bedauerlicher Weise ein schmerzliches Leiden an der Betheiligung an diesen Debatten.

Auf's tiefste ist die gesammte civilisirte Welt durch die Kunde von den schimpflichsten Mordthaten erschüttert worden, deren Schauplatz Dublin war, in einem Augenblicke, da das Ministerium Gladstone sich der Hoffnung hingab, durch große Zugeständnisse an die Vertreter der Landliga die Herstellung geordneter Zustände in Irland gesichert zu haben. Die Schandthat, als deren Urheber allgemein die Fenier betrachtet werden, wird denn auch in der That von den Agitatoren der Landliga fast als ein eben so schwerer Schlag empfunden als von der Regierung. Diese sieht sich genöthigt, zum Schutze des Lebens ihrer Organe neuerdings schärfere Maßregeln in Irland zu ergreifen und die Männer der Landliga müssen die Beschämung erleben, im entscheidenden Moment unheimliche Kräfte entfesselt zu sehen, die ihrer Autorität und ihrer Abmachungen mit der Regierung spotten. Die Vermuthung, welche im ersten Augenblicke nach dem Bekanntwerden des Attentats ziemlich allgemein gehegt wurde, daß dieses tragische Ereigniß den Sturz des Ministeriums Gladstone zur unmittelbaren Folge haben werde, hat sich nicht bestätigt. Immerhin aber wird durch dasselbe seine Stellung auch der Partei gegenüber erschwert, welche schon lange darauf harrt, die Fäden der parlamentarischen Regierung wieder ergreifen zu können.

Von großer Wichtigkeit für die socialen Verhältnisse Frankreichs ist der, zunächst von der Deputirtenkammer in erster Lesung gefasste Beschluß, wonach fortan die durch die Gesetzgebung der Restaurationszeit unmöglich gemachte Ehecheidung wieder zulässig sein soll. Bei der gegenwärtig herrschenden Strömung wird wohl auch der Senat sich dieser „Wiederherstellung einer der Errungenschaften der Revolution“ nicht in den Weg stellen. Wenn dieser Beschluß eine sehr empfindliche Niederlage der klerikalen Tendenzen ist, denen bisher auch die parlamentarischen Körperschaften Frankreichs nur in seltenen Fällen scharf und prinzipiell entgegenzutreten wagten, so ist in der gleichen Richtung auch ein anderer Beschluß der Deputirtenkammer von Wichtigkeit, wonach die Bezeugung der militärischen Ehren fortan von dem religiösen oder civilen Charakter der Beerdigungen unabhängig sein soll.

In Spanien hat nunmehr auch der Senat dem Handelsvertrag mit Frankreich seine Zustimmung erteilt, allerdings nur gegen eine sehr erhebliche Minderheit. Gegen den noch nicht völlig unterdrückten Widerstandsgest, der in der gewerbsamen Provinz Katalonien gegen den Vertrag lebendig ist, hofft die Regierung in den von General Alanko befehligten 26,000 Mann, die dort unter den Waffen stehen, hinreichend gerüstet zu sein.

Ebenfalls ein mit Frankreich abgeschlossener Handelsvertrag hat in letzter Zeit in den Niederlanden die politischen Kreise lebhaft erregt. Aber wenn in Spanien zu dem sachlichen Widerstand gegen wichtige Vertragsbestimmungen die Opposition einer Partei gegen das Ministerium nur als ein immerhin erschwärendes, aber

doch mehr nur nebensächliches Moment hinzutrat, so war in den Niederlanden die politische Abneigung gegen das den Vertrag vorlegende Ministerium van Lynden der Haupthebel, der gegen die Annahme des Vertrages wirkte. Es wird daher, nachdem das Ministerium zurückgetreten ist, erst der Kampf über die materielle Seite des Vertrages beginnen, ein Kampf, dessen Ausgang um bezwillen ungewiß erscheint, weil mit dem Rücktritt des Kabinetts auch das Band zerrissen ist, welches seither heterogene Elemente der Kammer zusammenhielt.

Endlich hat der Sultan die Ermächtigung zur Regelung der russischen Kriegsschädigung gemäß dem mit dem russischen Gesandten v. Novikow getroffenen Vereinbarungen erteilt. Derselbe soll auf 350,000 türkische Pfund festgesetzt und ein mit der Kontrolle der abgetretenen Einnahmen betrauter russischer Beamter soll zu der ottomanischen Bank delegirt sein.

In Egypten versuchen die Minister mit der Notabelnkammer sich über den Kopf des Khedive weg zu verständigen. Dieser seinerseits stellt ihren Forderungen Widerstand entgegen und appellirt sowohl an die Pforte als an die Westmächte. Das wichtigste Interesse der europäischen Mächte insgesammt gegenüber dieser, augenscheinlich eine Katastrophe in nahe Aussicht stehenden Lage ist die Sicherstellung ihrer in Egypten lebenden Staatsangehörigen.

## Deutschland.

Karlsruhe, 13. Mai. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin sind gestern Nachmittag mit dem Schnellzug um 2 Uhr 23 Minuten von Baden hier eingetroffen.

Allerhöchstselben haben gestern Nachmittag halb 4 Uhr die Begrüßung der Herren des Hofstaates entgegengenommen und sodann den kommandirenden General des 14. Armeecorps, General der Infanterie von Obernitz empfangen.

Heute Vormittag erteilte Seine königliche Hoheit der Großherzog den als Vertreter des Stadtrathes erschienenen Beigeordneten Schaefer, Günther und Spemann Audienz, und empfing sodann den Vorstand Höchstseines Geheimen Kabinetts, den Staatsminister Turban, die Präsidenten Geheimrath Ellstätter und Hoff und am Nachmittag den Präsidenten Regenauer.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin besuchte während des heutigen Tages verschiedene Wohlthätigkeitsanstalten der Stadt.

Heute Nachmittag 4 Uhr 52 Minuten kehrten die Höchsten Herrschaften nach Baden zurück; Seine königliche Hoheit der Großherzog begleitete Seine Durchlauchtigen Eltern und gedenkt morgen Abend wieder in Karlsruhe einzutreffen.

Berlin, 12. Mai. Nach der „Uebersicht“ der vom Bundesrath gefassten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstags aus der vorigen Session hat der Bundesrath dem Antrage des Reichstags, der Kanzler möge seiner Zeit dem Parlament eine vollständige, aktenmäßige Darstellung der Gründe zugehen lassen, welche zur Verhaftung des Abg. Diez (Hamburg) geführt haben, keine Folge zu geben beschloffen. Ferner hatte der Reichstag in Sachen Diez den Kanzler aufgefordert, die Bundesregierungen zu erfuchen, sämmtlichen Gerichten durch eine Generalverfügung aufzugeben, in allen Fällen, in welchen die Verhaftung eines Reichstags-Abgeordneten während einer Sitzungsperiode erfolgt, dem Kanzler davon unverweilt auf kürzestem Wege und unter gebrängter Darstellung der Gründe behufs Mittheilung an den Reichstag Kenntniß zu geben. Darauf lautet die Antwort des Bundesraths, er erkläre sich hiermit einverstanden und stelle den Landesregierungen anheim, das hierzu Erforderliche zu veranlassen. Zu dem Beschlusse des Reichstags betreffend die Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern (Antrag Windthorst) wird mitgetheilt, daß der Bundesrath den Gesetzentwurf dem zuständigen Ausschusse überwiesen hat, dessen Bericht noch aussteht. Zu dem Beschlusse des Reichstags bei Berathung des Antrags Warnbiller betreffend die Revision des Unterstützungswohnungs-Gesetzes die vorliegenden Anträge auf Abänderung des Gesetzes vom 6. Juni 1870 dem Kanzler zur Erwägung zu überweisen, mit dem Ersuchen, über das Ergebnis derselben dem Reichstage seiner Zeit Kenntniß zu geben, lautet die Antwort: Die eingeleiteten Erwägungen seien noch nicht zum Abschluß gelangt und die Bearbeitung der betreffs des Armenwesens vorgenommenen statistischen Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Auf die Resolution bei Berathung der Gewerbeordnungs-Novelle, wodurch der Kanzler ersucht wurde, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch welches unter angemessener Betheiligung sowohl der Innungen wie der außerhalb derselben stehenden Gewerbetreibenden aus dem gesammten Gewerbebestande herauszubildenden Gewerkekammern in Deutschland eingeführt werden, wird bemerkt, daß die Vorarbeiten dazu noch nicht zum Abschluß gebracht worden sind. Auf eine

Resolution des Reichstages vom 1878 betreffend schleunige Vorlegung eines Gesetzes über die Vollstreckung der Freiheitsstrafen lautet die Antwort, daß ein hierauf bezügliches Gesetz dem Bundesrathe bereits vorgelegt worden ist.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Nachdem nach erfolgter Zustimmung der Staatsregierung durch Päpstliches Breve vom 24. März 1882 der seitherige Propst an der St. Hedwigs-Kirche zu Berlin und Fürstbischöfliche Deputat Robert Herzog zum Fürstbischöflichen von Breslau ernannt und von demselben die zur Uebernahme seines Amtes erforderliche Anerkennung Sr. Majestät des Königs nachgesucht worden ist, hat gestern die Ausbändigung der vom 10. Mai datirten Landesherlichen Anerkennungs-urkunde an den Fürstbischöflichen Herzog seitens des Ministers der geistlichen Angelegenheiten stattgefunden.

Berlin, 12. Mai. Abends 7 Uhr brach in der Hygiene-Ausstellung bei Moabit eine Feuersbrunst aus, welche, durch starken Wind angefacht, sich rasch weiter verbreitete. Sämmtliche aus Holz konstruirten Gebäulichkeiten sind eingäschert. Näheres über den Schaden läßt sich noch nicht ermitteln.

Berlin, 13. Mai. (Tel.) Die meisten diesseits der Stadtbahn befindlichen Gebäulichkeiten der Hygieneausstellung wurden gestern Abend durch das Feuer vernichtet; sogar mehrere in der Nähe der Ausstellung stehende Eisenbahn-Wagen der Lehrter Bahn sind auf den Geleisen verbrannt. Die Feuerwehr konnte den Feuerherd erst gegen 10 Uhr theilweise verlassen. Das Feuer brach in einer am Eingang des Restaurationsgebäudes befindlichen Arbeiterstube in einer bisher noch nicht ermittelten Weise aus. Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen; von der Feuerwehr wurde ein Kind überfahren. Der Schaden ist sehr bedeutend, bezüglich der verbrannten Mobelle und Pläne ganz unersehlich. Von den Ausstellungsgegenständen sollen  $\frac{1}{5}$  verbrannt sein. Der Versicherungswert der verbrannten Gegenstände beträgt zwischen 2—3 Mill.

Die Hygiene-Ausstellung ist vollständig eingäschert. Sehr viele Ausstellungsgegenstände sind, da die Eröffnung der Ausstellung am Dienstag stattfinden sollte, verbrannt. Der Schaden ist noch nicht feststellbar. Auch der Kaiser begab sich zur Brandstätte.

Berlin, 13. Mai. (Tel.) Die Aufräumungsarbeiten auf dem Brandplatze dauerten den ganzen Vormittag fort. Fünf Stadtbahn-Bogen, welche zur Aufnahme von Sanitätseinrichtungen, Wagen u. bestimmt waren, sind fast gänzlich ausgebrannt. Fast sämmtliche werthvollen, von der Regierung ausgestellten Zeichnungen, darunter diejenigen der königlichen Charité, der Stadt Nachen u. s. w. sind verbrannt. Unversehrt ist unter andern der Pavillon mit den Bureaus und Akten der Ausstellung, die Ausstellung des Johanniter-, deutschen und österreichischen Ritterordens, mehrere Hamburger Sanitätswagen nördlich der Stadtbahn, das noch nicht fertige Café Dauer, das Uebungshaus der Feuerwehr, der Pavillon und das Haus des Frauenvereins, andere Pavillons. Die Untersuchung hat heute Morgen begonnen. Der Kronprinz verweilte heute Vormittag längere Zeit an der Brandstelle und ließ sich alle Einzelheiten des Brandes schildern.

Berlin, 12. Mai. (Reichstag.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Präsident Levetzow, das stenographische Protokoll habe ergeben, daß Richter gesagt: „Münchenerode sei kein Schulmeister“, er nehme deshalb den Ordnungsruf gegen Richter zurück. Es folgt die Fortsetzung der ersten Lesung der Monopolvorlage.

Windthorst: Noch nie hat eine so wichtige Vorlage uns beschäftigt. Das Zentrum wird mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität gegen das Monopol stimmen. Dies Monopol kann nicht gut bewilligt werden. (Es wird gelacht.) Ich verbitte mir, bei einer so ernsthaften Sache zu lachen. Die Vorlage muß in einer Kommission gründlich geprüft werden. Auch das Zentrum wünscht dringend, daß die indirekten Steuern erhöht werden, um die unteren Volksklassen und die Kommunen von direkten Steuern zu entlasten. Diese Aenderung der direkten Steuern wird auch auf das Wahlsystem Rückwirkung haben. Ich bin der Meinung, daß auf die Dauer das Wahlrecht in einen gerechten Konnex mit der Steuer gebracht werde. Der Redner geht auf das preussische Verwendungsgesetz ein und bemerkt, daß die Nachteile des Monopols viel größer sind, als die Versprechungen des Verwendungsgesetzes. Staatssekretär Scholz hat erklärt, daß man das Monopol einer künftigen Regierung doch bewilligen werde. Es muß dies so aufgefaßt werden, daß wer jetzt gegen das Monopol stimmt, gegen die Reichsregierung und Regierung der Einzelstaaten Misstrauen an den Tag legt. Das Zentrum muß diese Supposition absolut ablehnen. Gerade das Zentrum hat der wirtschaftlichen Politik der Reichsregierung die wesentlichste Unterstützung geliehen, und wird sie auch ferner darin unterstützen. Das Zentrum braucht bei seinen Abstimmungen keine Rücksicht auf irgendwelches Ministerium zu nehmen. Wir ambiren auf kein Ministerium, haben auch gar keine Aussicht (Heiterkeit), in ein Ministerium einzutreten, und ich freue mich darüber, weil wir dadurch unsere Unabhängigkeit uns bewahren. Wir sind aus wirtschaftlichen Gründen gegen das Monopol, durch welches die Tabakindustrie mit allen ihren Nebenzweigen absolut vernichtet wird. Eine Reihe von Existenzen werden zerstört. Wo sollen die Leute, welche nicht in die Monopolverwaltung treten, denn hingehen? Auswandern werden sie nach Amerika. Jedes Monopol ist hinderlich. — Wir haben Post, Telegraphen und Eisenbahnen monopolisirt und einen Umfang von Monopolen, der ge-

radazu erschreckend wirkt. Wenn es so fortgeht, haben wir den sozialistischen Staat. Warum monopolisiert man nicht die Zucker-Industrie, welche noch nicht so entwickelt ist, als die Tabak-Industrie. Ob auch das Schnapsmonopol einzuführen sei, lasse ich dahingestellt. Meiner Meinung nach sollte der Schnaps nur in Apotheken verkauft werden. Bei der künftigen Tabakbesteuerung wird darauf zu sehen sein, der Wirtschaft des Großkapitals ein Ende zu bereiten. Die Erträge des Monopols seien nicht so hoch, um so viele Ruine zu schaffen. In der Kommission wird die Berechnung der Erträge genau zu prüfen sein. — Bei Entschädigungen bleiben viele unberücksichtigt; die Entschädigungen sind auch zu gering bemessen.

Die Stimmen der Fabrikanten interessieren mich wenig. Diese würden gegen eine höhere Entschädigung sofort für das Monopol eintreten. Die Einführung des Monopols bedeutet auch die Herstellung des Einheitsstaates. In den Einzelstaaten fühlt man diese Unzufriedenheit. In Rheinland, Westfalen, Schlesien hat man während des Kulturkampfes Landräthe und Bürgermeister durch die Hilfe des „Deutschen Vereins“ weggejagt. Dieselben Herren werden jetzt ultramontane Fabrikinspektoren und Tabakversteigerer fortjagen. Das Monopol ist auch für die politischen Wahlen wichtig. Es könnte doch die Regierung hiermit Mißbrauch treiben. Gehen Sie nach den Vogesen. Das Heer von Leuten, welches dort in der Tabakregie wirkt, hat die offiziellen Kandidaturen Frankreichs vornehmlich gemacht. Bei den Wahlen werden bei uns Beamte niedriger Kategorien, vornehmlich Post- und Eisenbahn-Beamte beeinflusst, im Sinne der Regierung zu stimmen. Es heißt da „weß' Brod ich esse, deß' Pied ich singe“. Wenn das Monopol bewilligt wird, dann wird auch der übliche Esch wieder an die Militärverwaltung abgegeben werden müssen. Es gibt nämlich keine verschwenklicheren Institutionen, als die Parlamente. Der Antrag der Fortschrittspartei kann in seiner Fassung nicht angenommen werden, allein ich erkenne an, daß große Wahrheit in demselben liegt, zumal nach der Erklärung des Staatssekretärs Scholz, daß wir einer künftigen Regierung das Monopol werden bewilligen müssen. Die von amtlicher Stelle gethane Aeußerung zwingt zu ernstem Nachdenken. Wir müssen durch unser Votum beitragen, endlich Ruhe in die Tabak-Industrie zu bringen. Ist dies nicht zu erreichen, nun dann lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. (Hört!) So lange wir über das gegenwärtige Tabaksteuer-Gesetz nicht genügende Erfahrungen gemacht haben, können wir weder das Monopol noch eine höhere Besteuerung bewilligen. (Sehr wahr!) Wenn der Reichstag das Monopol abgelehnt hat, dann mag die Regierung aussprechen: Wir haben das Beste gewollt, die Volksvertretung hat dies abgelehnt, lassen wir daher die Sache ruhen! (Sehr gut!) Ueberweisen Sie die Vorlage behufs gründlicher Berathung an eine Kommission.

Leuschner (Reichspartei) spricht im Interesse der Entlastung von direkten Steuern für die Annahme des Monopols.

Karl Mayer (Württemberg) widerspricht der Ansicht, daß man in der Majorität der Bevölkerung Württembergs für das Monopol sei. Aus wirtschaftlichen und konstitutionellen Bedenken sei die Volkspartei gegen das Monopol. Neue indirekte Steuern könnten nicht bewilligt werden. In den Ausgaben müßte Spar-samkeit eintreten. Auch aus politischen Gründen bezüglich der Wahlbeeinflussungen und aus föderalistischen Motiven votirt die Volkspartei gegen das Monopol. Dieses wird in Bremen und Hamburg besonders große Verheerung anrichten. In Frankreich blüht das Monopol als Finanz-einnahme nur zum Schein. In Württemberg hat Uhlend die erste Rede gegen das Monopol gehalten. Die Centralisirung, welche auf's Monopol steuert, ernährt nur den einseitigen Militarismus. Auch beim Reichs-Eisenbahn-Projekt haben wir „niemals“ gerufen. Was wir besitzen, das wollen wir selbst verwalten. Zu den uns zugemutheten Abenteuern wird uns auch des Reichskanzlers Beredsamkeit nicht bewegen. Deutschland hat einen solchen Krach, wie er selber von oben mit dem Monopol versucht wird, einen solchen gemeinen Krach, bei welchem Tausende von Existenzen ruiniert werden, noch nie erlebt. Ob Freiheit oder Absolutismus in Deutschland herrschen sollen, darüber entscheidet das Monopol. Die jetzige Debatte werde über die Zukunft der Nation entscheiden, ob der Wille eines allmächtigen Mannes herrschen soll.

Stauffenberg: Wir wollen Steuern nur bewilligen für von uns vorher bestimmte Zwecke, aber nur unter ausdrücklicher Wahrung der konstitutionellen Rechte des Reichstags. Dieser Forderung stehen keine technischen Gründe entgegen. In Bayern ist dies ganz gut durchführbar. Betreffs der Steuerbewilligungen haben wir in den letzten Jahren alles Mögliche vom Reichskanzler gehört. Die größten Monopolenthusiasten sind jetzt Gegner desselben. Das ist durch den Vorschlag bewirkt, die Monopolerträge für das Patrimonium der Enten zu verwenden. Dieser Vorschlag hat depressivend gewirkt. Dieses Patrimonium ist jetzt von der Bildfläche verschwunden. Staatssekretär Mayer hat hier auf die Bedrängniß der bayerischen Kommunen Bezug genommen. Sollte das ein kleiner Hieb gegen die bayerische Regierung sein, welche gegen das Monopol stimmt hat? (Sehr gut.) Die bayerische Regierung wird sich hieraus nicht viel machen. Alle bayerischen Mitglieder sämtlicher Fraktionen sind mit dem Vorgehen der bayerischen Regierung einverstanden. Die Aeußerungen Mayer's gehen darauf hinaus, die bayerischen Kommunen so darzustellen, als wenn sie beim Reiche betteln gehen. Wir protestiren dagegen, daß diese Kommunen Almosen vom Reiche erbitten; um diese Almosen werden die Kommunen ihre Freiheit und Selbständigkeit nicht aufgeben. (Stürmischer Beifall.) 1878 habe Bismarck zum ersten Male das Monopol als sein Zukunftsideal bezeichnet. Die eingesezte Enquetekommission habe darauf das Monopol abgelehnt und bei Bewilligung des Tabaksteuer-Gesetzes vom Jahre 1879 habe Niemand an das Monopol gedacht. Nicht sechs Stimmen wären damals für das Gesetz zu haben gewesen, wenn das Monopol im Hintergrund gestanden hätte. Scharfer kann man der Wahrheit nicht ins Gesicht schlagen, wenn in den Motiven der Monopolvorlage wörtlich steht, daß der Reichstag zunächst für die Tabaksteuer als Uebergang zum Monopol sich ausgesprochen habe, da der Reichstag absolut mit größter Bestimmtheit sich gegen das Monopol erklärt hat. (Hört!) Jetzt werden von Herrn v. Mayer allerlei willkürliche Nachträge gemacht. Nach einiger Zeit kommt ein anderer Mayer und sagt uns etwas anderes. Der Tabakbau würde kolossal geschädigt werden. Können Sie es den Interessenten verargen, wenn sie sich gegen die Errichtung der Filialen seitens der Straßburger Manufaktur ihrer Haut gewehrt haben, da es ihnen an den Krügen gegangen ist? Wir müssen verlangen, daß die Straßburger Manufaktur ihre kaufmännische Bilanz vorlegt, damit wir eine klare Uebersicht bekommen. Die in den Motiven aufgeführten Biffern über die Manufaktur sind vom Interessentenstandpunkt aufgestellt, um die Annahme des Monopols nand-gerecht zu machen. Im Volkswirtschafts-Rath hat man mit Naivetät gesagt, man solle die Aufstellung der Manufaktur anerkennen, da sie von Herrn v. Mayer herrühre, der sie in gutem

Glauben gemacht habe. (Heiterkeit.) Während bei dem Monopol bei uns die Haupterträge aus der Cigarrenfabrikation erwartet werden, hat man in Frankreich und Oesterreich damit schlechte Erfahrungen gemacht. Der Export von Tabak wird unter der Monopolverwaltung bedeutend beschränkt werden. Die Gefahr, daß die Monopolverwaltung Beamten von der Regierung für ihre Zwecke mißbraucht werden, ist eine sehr große. Ein Volk, dessen Majorität aus Leuten besteht, welche von der Regierung abhängig sind, ist einer konstitutionellen Verfassung nicht werth. Die Tabakversteigerer werden von Herrn v. Mayer als Beamte der Monopolverwaltung bezeichnet. Die Regierungen sind keine Engel. Sie werden der Gefahr der Einwirkung auf die Beamten nicht ausweichen können. Das Hauptmotiv unseres ablehnenden Votums gegen das Monopol ist, daß jede Störung des Erwerbslebens in der Tabakindustrie unmöglich wird. Wir haben keinen Grund, eine Industrie unter das Gras zu legen, die so willig und leistungsfähig ist. Wenn die Geschichte mit dem Monopol nun nicht geht, was dann? Diesen Schritt kann man nicht mehr zurückmachen. Wir haben gar keine Garantien für eine gute Verwaltung. Wird Herr v. Mayer sagen, er als Gescheidter, aufgeweckter, junger Mann werde auch die Verwaltung des Monopols in zwei Jahren lernen? Durch die neueste Vorlage wird der sociale Staat geschaffen und ganz eigentümlich konstruirt. Es ist der Staat des Polizeisocialismus, der fabelhafte Gefahren in sich trägt. Mit solchen Maßnahmen verstärken Sie den Glauben im Volke, daß man durch die Polizei Alles machen könne. Die Unzufriedenheit wird in allen Werkstätten systematisch genährt. Man erweckt bei allen Berufsständen Hoffnungen und Erwartungen, die man nicht befriedigen kann. Man legt jetzt die Art an die Stabilität unserer wirtschaftlichen Institutionen, wie sie gefährlicher nicht gedacht werden kann. Wenn Sie Angesichts dieser Unsicherheit unserer wirtschaftlichen Lage glauben, in dieser Weise eine Bewegung wachzurufen, die vor Grund und Boden Halt machen wird, so ist das große Einbildung. Dann wird es Ihnen wie dem Goethe'schen Zauberlehrling gehen, welcher die Geister, die er rief, nicht wieder bannen konnte. Darum stimmen Sie einstimmig gegen das Monopol. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Staatssekretär Scholz: Verwirft der Reichstag das Monopol, so fällt auch auf ihn die Verantwortung für die finanzielle Lage des Reiches. Niemand kann eine Garantie dafür übernehmen, daß das Monopol niemals mehr vorgelegt werden wird.

v. Dollmar (Socialdemokrat). Die Socialdemokratie opponirt aus ganz anderen Gründen gegen die Vorlage, als alle andere Parteien, die nur aus privatrechtlichen Gründen dagegen seien. Das heilige und unverletzliche Eigenthum erhält durch das Monopol einen gewaltigen Stoß. Man wandelt dabei auf socialistischen Wegen, der Begriff des Eigenthums komme dadurch immer mehr ins Gedränge und es gebe Leute, die Logik genug besitzen, um daraus Konsequenzen zu ziehen, welche der rechten Seite des Hauses recht unangenehm werden würden. Die Socialdemokratie habe niemals den grob materiellen Standpunkt des Profitmachens eingenommen in der Vertheilung der Aufstellung, aber der Grundgedanke der Vertheilung der Vertheilung aufgestellt wird, dann verstaatliche man doch lieber den Getreidehandel. Wir sind gegen das Monopol, weil man mit Verstaatlichung einer zerstückelten Industrie anfängt und nicht mit der von Großbetrieben, wie zum Beispiel des Großgrundbesitzes, die Einkünfte des Monopols würden nur dem Militarismus zu Gute kommen. Vom Auslande sollte man mehr lernen als Vertheilung indirekter Steuern, von Frankreich die Republik, von der Schweiz die Gesetzgebung durch das Volk. Ein anderer Grund gegen das Monopol sei die Arbeiterfrage. Die Arbeiterfrage. Was soll aus den hroblen Arbeitern werden? Die Entschädigung der Vorlage ist höchstens eine Beihilfe zu den Vorkosten. Bei den Staatsanstalten werden die Arbeiter noch mehr gemäßigelt werden als in der Privatindustrie. Wenn man nach dem kaiserlichen Erlaß hohe Beamte bedroht, falls sie gegen die Regierung stimmen, dann wird man es mit armen Tabakarbeitern nicht viel besser machen. Will man konsequent sein, so müßte der ganze Tabakboden expropriirt werden. Das Monopol werde in ungeheurem Maße Polizeipolizei und Demunzationen zur Folge haben. Wir wollen uns nicht zum politischen Bauernfang hergeben. Wenn man gegen das jüdische Kapital geht, so ist dem Volke alles eins, ob es jüdisches oder christliches Kapital ist. Durch derartige Exerezen nützen sie uns. Es handelt sich darum, ob die sociale Frage auf dem Wege der Gewalt oder der Kultur zu lösen ist. Sie haben letzteren Weg gewählt und können nicht mehr zurück. Man erwartet alles von der Befreiungsthat des Volks. Als Soldatenherzen werden Sie gestatten, daß auch wir losjagen. Sie haben die Waffen gewählt; ich mache Sie verantwortlich für die Wunden.

Arswald (Weise) gegen das Monopol. Das Haus ver-tagt die Debatte bis morgen.

Straßburg, 12. Mai. Die „Elsaß-Lothr. Zig.“ veröffentlicht einen Erlaß des Statthalters, wonach der Ober-schulrath am 15. Mai in's Leben tritt. Gleichzeitig er-folgt die Ernennung des Direktors und der Oberschul-räthe, sowie die Verjüngung der außerordentlichen Mit-glieder, letztere zunächst auf ein Jahr.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. Mai. Die Dinge in Egypten sind auf die Spitze getrieben und doch glaubt das Wiener Kabinet, einzuwirken in seiner zuwartenden Haltung verharren zu sollen. Nachdem die Westmächte die bestimmte Erklärung abgegeben, daß sie eventuell nur in Gemeinschaft mit Europa in Egypten einschreiten würden, und nachdem die übrigen Mächte sich rückgeäußert, daß sie, die Initiative denjenigen Mächten überlassend, welche dort präponderirend engagirt erschienen, jederzeit bereit seien, zur den Fall einer Bedrohung des europäischen Interesses zu einer Vereinbarung gemeinsamer Schutzmaßregeln mit ihnen in Verhandlung zu treten, glaubt man, etwaige Vorschläge in dieser Richtung abwarten zu sollen, und solche Vor-schläge dürften denn auch in nächster Sicht sein. Die Generalkonferenz der Westmächte haben übrigens bereits auf telegraphischem Wege die Entsendung von Panzerschiffen zum Schutz der Nationalen nachgejagt, der Generalkonferenz Oesterreichs hat ein solches Ergehen noch nicht gestellt.

Die Reize des Fürsten von Bulgarien nach St. Peters-burg hat schon ein erstes bedauerliches Resultat erzielt: die jürrigen russischen Offiziere der bulgarischen Armee haben den gemessenen Befehl erhalten, in der Armee zu bleiben und sich unbedingt zur Verfügung des Fürsten zu halten.

Wien, 12. Mai. Die „Polit. Korresp.“ meldet: Raaffe,

Ralnoy, Szlavy, Bylandt und Welscherheimb fahren heute nach Budapesth. — Anlässlich der Rückkunft des Bulgaren-fürsten nach Sofia werden große Ergebenheitsmanifestationen vorbereitet. — Nach aus Petersburg in Sofia einge-laufenen Meldungen beruhigte der Kaiser den Bulgaren-fürsten dahin, daß er für keinerlei Verjüngung der Verbänd-igung des Fürsten zugänglich sei.

Wien, 12. Mai. (Zefk. Ztg.) Szlavy reist heute zu gemeinsamen Ministerkonferenzen nach Pesth; doch ist über sein Verbleiben als Reichs-Finanzminister noch nichts ent-schieden.

Wien, 12. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm den Zolltarif in dritter Lesung und den Passifikationskredit in zweiter und dritter Lesung an. Der Antrag Wolfrum, den Kredit durch vollständige Veräußerung der Central-aktiven zu bedecken, wurde mit 167 gegen 111 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde die österreichisch-serbische Schiff-fahrts-Konvention genehmigt.

Wien, 12. Mai. (Ringtheater-Prozess.) Heute Vor-mittags plaidirte der Verteidiger der Angeklagten Geringer, Nische und Breithofer. Sodann ergriff um 1 Uhr der Ver-theidiger Landsteiner's, Dr. Markbreiter, das Wort.

Im Verlaufe seines Plaidoyers sagte Dr. Markbreiter: Wenn Gott ein Amt gibt, dem gebe er auch eine Instruktion. Der Staatsanwalt habe gesagt, wenn Landsteiner auch nur einen Menschen gerettet hätte, so wäre ihm der Dank des Volkes ge-sichert. Der Instruktion gemäß mußte Landsteiner die Honneurs vor den höchsten Herrschaften machen, welche am Brandplage er-schienen waren. Wenn er viele Menschen gerettet hätte, so wären ihm bei allem Herzensdank des Volkes Vorwürfe seiner Vorge-setzten nicht erspart geblieben. Was Leuten nicht gelungen, die Mutter und Kind im brennenden Theater wußten, denen der Muth der Verzweiflung Energie hätte einflößen sollen, dafür mache man einen in der Anstube ergrauten 64jährigen Mann verantwortlich; verantwortlich für das alte System, dem er aed-ient. Schließlich plaidirte der Verteidiger für gänzliche Frei-sprechung seines Klienten.

Pesth, 12. Mai. Das Unterhaus nahm den ganzen Zolltarif unverändert an.

#### Frankreich.

Paris, 12. Mai. Der Ministerrath beschäftigte sich Vormittags mit der ägyptischen Frage. Nachher konferirte Lord Lyons mit Freycinet. Es geht das Gerücht, daß englische und französische Kriegsschiffe unverzüglich in die ägyptischen Gewässer abgehen würden. Berichte aus Kon-stantinopel bestätigen nicht die Gerüchte einer militärischen Intervention der Türkei. Wahrscheinlich wirkte die Pforte mit an dem moralischen Druck auf das ägyptische Kabinet. Aus Kairo wird gemeldet, daß die Notablen morgen zu-sammentreten.

Paris, 12. Mai. Zwischen Paris und London findet ein ununterbrochen lebhafter Meinungsaustausch über Egypten statt. Die Antwort Englands auf die Vorschläge Frey-cinet's wird unverzüglich erwartet.

#### Großbritannien.

London, 12. Mai. Unterhaus. Dilke antwortet Labouchere, ein Meinungsaustausch über Egypten mit Frankreich und den anderen Regierungen habe stattge-funden, es sei aber nicht rathsam, Näheres jetzt mitzu-theilen. Er hofft, den Gegenstand am Montag näher be-zugehen zu können, und antwortet Ashmead Bartlett, alle Mächte hätten stets anerkannt, daß England und Frank-reich ein überwiegendes Interesse an Egypten haben. Donnell kündigt anlässlich der zweiten Lesung der Zwangsbill den Antrag an, die Gewaltthätigkeiten und die Unzufriedenheit in Irland der graumähen Verwaltung Forsters zuzuschreiben, den Mord zweier irischen Regie-rungsmitglieder der sträflichen Nachlässigkeit der Polizei. Es sei ungerechtfertigt, deshalb den Irländern ihre Frei-heiten und Sicherheiten zu rauben. Daher könne die Vor-lage nur Unfrieden hervorrufen und ein fatales Hinderniß für die gute Verwaltung und Ruhe Irlands sein. Glad-stone antwortet Northcote, er hoffe am Montag die Bill über die irischen Pachtverhältnisse vorzulegen.

London, 12. Mai. Im Unterhause legt Harcourt einen Gesetzesentwurf betreffend die Unterdrückung der Verbrechen in Irland vor. Darnach wird ein besonderer Gerichtshof in den unruhigen Distrikten aus drei Richtern ohne Ge-schworene zulässig. Die Polizei ist ermächtigt, Recherchen nach Mordwerkzeugen, Verhaftung Verdächtiger, sowie Hausjungen vorzunehmen und die die Ruhe bedrohenden Ausländer zu verhaften und auszuweisen. Dem Vice-könig ist ein summarisches Verfahren bezüglich der Auf-lösung geheimer Gesellschaften, unerlaubter Versammlun-gen und Unterdrückung aufreizender Journale gestattet. Die Dauer der Bill soll drei Jahre betragen. Harcourt sagte eine demnächstige Vorlage eines Gesetzesentwurfs be-treffend die Regelung der rückständigen Pachtzinsen an. Northcote sagte der Regierung den vollen Beistand der Opposition zu. Die Verantwortlichkeit der Handhabung der Bill verbleibe der Regierung. Forster billigt den Ge-sezesentwurf. Parnell und Dillon betlagen lebhaft die strenge Bill, welche noch vollständiger beschlagnahmt werde, als das gegenwärtige Zwangsgesetz. Die Bill wurde in erster Lesung mit 327 gegen 22 Stimmen angenommen.

London, 12. Mai. Campbell wurde zum Sekretär der Admiralität, Courtney zum Sekretär des Schatzamts er-nannt. — Die Morgenblätter drücken mehr oder weniger ihre Befriedigung über die neue Zwangsbill aus. Die „Times“ acceptirt dieselbe als muthvolle, entschlossene An-strengung zur Herstellung des Ansehens des Gesetzes in Irland und zur Verhinderung solcher Verbrechen, wie des Mordes im Phönixpark. — Wie der „Daily Telegraph“ erfährt, erwägen die Großmächte den Vorschlag der Pforte, eine genügende Anzahl türkischer Truppen nach Egypten zu entsenden, um dort die Ordnung aufrecht zu erhalten.

London, 13. Mai. (Tel.) Ashley wurde zum Unter-staatssekretär der Kolonien ernannt. — Die „Daily News“

erfährt, der baldige Rücktritt Gladstones vom Schatzkanzler-Amt werde erwartet. Die „Times“ erfährt, die Regierung habe beschlossen, zwei Panzerschiffe nach Alexandrien zu senden.

**Rußland.**

**St. Petersburg, 12. Mai.** In der Sitzung des Ministerkomitees vom 9. Mai wurde die Richtung der sibirischen Bahn, von der Drenburger Bahn ausgehend, über Samara, Ufa, Jekaterinenburg, Tjumen und Oms festgestellt. — Heute überreicht der österreichische Botschafter Graf Wolkenstein in Satschina seine Akkreditive. — In Dramienbaum sind gestern 36 Häuser niedergebrannt.

**St. Petersburg, 12. Mai.** Der Reichsrath genehmigte mit großer Majorität das vom Minister des Innern vorgelegte Projekt der gouvernementalen Grund-Kreditbank für Bayern.

**St. Petersburg, 12. Mai.** Das „Journal de St. Petersburg“ konstatiert, daß die Nachrichten über Bulgarien stark übertrieben sind. In dem Fürstenthume habe sich nichts Außerordentliches zugetragen. Wenn die Lage der Dinge Befürchtungen eingestößt hätte, würde der Fürst das Land nicht verlassen haben. Das Blatt meldet ferner, über die Situation in Egypten finde ein lebhafter Meinungsaustrausch unter allen Großmächten ohne Unterschied statt.

**Moskau, 12. Mai. (Fft. Btg.)** Die lang erwartete Auseinandersetzung zwischen Skobelew und Ignatiew ist endlich erfolgt. Wenige Tage vor der Abreise des Generals nach Moskau traf eine Deputation Juden aus Minsk ein, welche von der Absicht des Ministers des Innern, die Garnison in Minsk zu vermindern, gehört hatte. Die Deputation versuchte diese Absicht, weil dieselbe bei eventuellen Unruhen verhängnisvoll werden könnte, hier zu inhibiren. Ignatiew wollte thätig Skobelew veranlassen, die Garnison zu vermindern. Die Deputation wurde von Skobelew empfangen, der derselben sagte, er denke nicht an diese Maßregeln und verspreche vielmehr strengste Befehle für die Soldaten beim Ausbruch von Unruhen. Er sei überhaupt nicht für Skandale. Seine gerade derbe Soldatennatur, seine unverblühte Redeweise sei auf's traurigste verdächtig und sein Ansehen als General geschädigt worden. Man habe böses Spiel gespielt. Die Deputation solle beruhigt heimkehren. Er wolle für alles sorgen. Als dann gab der General seinen jeweiligen Aufenthaltsort bis zu seiner Ankunft in Minsk an. Die Auseinandersetzung mit Ignatiew folgte unmittelbar nach dem Empfang der Deputation und war sehr heftig. Der General vertrat in größter Differenz mit dem Minister des Innern ab.

**Orient.**

**Belgrad, 12. Mai.** Ueber den vorgestrigen Studentenerzeß im Theater ist Untersuchung eingeleitet.

**Bukarest, 12. Mai.** Der Senat setzte die Berathung über die Interpellation Grabisano, betreffend die Donau-Frage, fort und nahm einfache Tagesordnung an. Die Opposition lehnte trotz wiederholter Aufforderung Bratianu's und Staresco's ab, ihre Anschauungen in der Frage darzulegen.

**Galatz, 12. Mai.** Die europäische Donau-Kommission hielt am 10. Mai eine vorbereitende Sitzung. Man glaubt, die Kommission werde sich vor der Berathung des Barerischen Antrages mit der Frage beschäftigen, ob ihre Vollmachten zu verlängern seien.

**Egypten.**

**Kairo, 11. Mai.** Nach einer Meldung von „Reuter's Bureau“ sind die Beziehungen des englischen und französischen Generalkontrolleurs mit dem ägyptischen Ministerium abgebrochen. Die Kontrollreure wohnten dem gewöhnlichen Ministerrathe nachmittags nicht bei, obgleich sie von den Regierungen noch keine Instruktionen erhielten. Die diplomatischen Agenten Frankreichs und Englands erwarten ihre Instruktionen ebenfalls noch. Man meint, die ägyptischen Minister rechneten auf die Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen den europäischen Mächten und der Pforte und vertrauten darauf, daß die Notabeln ihr Vorgehen gutheißen werden. Dies gilt jedoch in diplomatischen Kreisen für zweifelhaft, wenn nicht etwa die Notabelnkammer durch die Armee eingeschüchtert würde. Die Minister sollen die Taktik geändert haben. Nachdem sie der Intervention der Türkei offen opponirt und den Khebidve beschuldigt haben, die Rechte, welche Egypten durch die verschiedenen Firmans der Pforte erlangt habe, preiszugeben, sollen sie jetzt vorschlagen, von der Notabelnkammer zu verlangen, daß sie wegen der Regierungsunfähigkeit des Khebidve eine Petition an den Sultan richte.

**Kairo, 12. Mai.** Der Kammerpräsident und viele Notabeln sind angekommen. Der Präsident erklärte angeblich, die Kammer werde sich nicht versammeln, außer wenn sie legal berufen werde. Die Notabeln wären fast einmüthig der Aktion des Kabinetts abgeneigt. Falls die Türkei intervenirt, soll Arabi beabsichtigen, mit den Truppen in die Citadelle von Kairo sich zurückzuziehen und die angesehensten türkischen Pascha's als Geiseln mitzunehmen. Der Generalstabs-Chef Siome Pascha demissionirte.

Der Agentur „Gavas“ wird aus Kairo ebenfalls gemeldet, daß die Notabelnkammer sich weigere, zusammenzutreten. Arabi beabsichtige sofort einen Staatsstreich auszuführen und den Khebidve abzugeben.

Die „Times“ meldet aus Alexandrien vom 12. Mai: Die Mitglieder der am Sonntag in Kairo zusammen tretenden Notabelnversammlung werden bearbeitet, eine Petition zu unterzeichnen, welche die Abdankung des Khebidve, die Ernennung seines Sohnes Abbas Pascha mit einem Conseilpräsidenten als Regenten, Arabi als Gouverneur während der Minderjährigkeit fordert. Tewfik verweigert jeden Verkehr mit den Ministern. Lebhaftes

Beunruhigung zeigt sich unter den Europäern. Viele Familien verlassen Kairo.

**Badische Chronik.**

**Karlsruhe, 13. Mai.** Beim gestrigen Brande in Berlin wurden, wie mitgeteilt wird, auch die von hier abgeordneten Ausstellungsgegenstände leider fast alle vernichtet, so die städtischen Kanalisations- und andere Pläne, die Originalpläne aller öffentlichen Badanstalten, namentlich des Friedrichsbades in Baden, die die Veterinärstatistik betreffende Ausstellung Großh. Ministeriums des Innern u. a. m.

**Karlsruhe, 13. Mai.** Besuch der Landes-Gewerbehalle im Monat April: Besuch der Ausstellung 3568 Personen, Besuch der Bibliothek 315 Personen, Besuch der Vorbildersammlung 92 Personen. Ausgeliehen wurden aus der Bibliothek 187 Bände und 355 einzelne Blätter, aus der Vorbildersammlung 12 Tafeln nach auswärt.

**aus Baden, 13. Mai. Baden.** Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin besuchte neulich das städtische Krankenhaus, richtete theilnehmende und tröstende Worte an jeden Kranken und geruhte bei Besichtigung des Hauses das lebhafteste Interesse für die eingeführten Neuerungen, sowie die noch bevorstehende Erweiterung der Anstalt auszudrücken. Wenige Tage später wurde dem Krankenhause der Besuch Ihrer Majestät der Deutschen Kaiserin zu theil. — Se. Großherzogliche Hoheit Prinz Karl von Baden mit Gemahlin und Sohn ist am 9. d. M. zu einem mehrtäglichen Aufenthalte hier eingetroffen.

**Rehl.** Sonntag den 14. d. M., Nachmittags, wird der Straßburger Reiterverein auf der Rheininsel bei Rehl ein großes Wettrennen abhalten, welches mit einem leichten Jagdrennen Nachmittags 3 Uhr seinen Anfang nimmt. Der Vorstand des Reitervereins hat in diesem Jahre dafür Sorge getragen, daß am Rennplatz zwei Belte mit Erfrischungen sich befinden. Ein Belt wird in der Nähe der Tribüne und das andere am Eingang zum Hippodrom aufgestellt sein. — In der Schwimmschule hier, welche durch die Pioniere angelegt ist, wird die früher entbehrete Gelegenheit zum methodischen Erlernen des Schwimmens nun geboten sein.

**Lahr.** Gestern früh starb der Großh. Stadtdirektor Wallau unvermuthet schnell an einem Herzschlage im Alter von 62 Jahren.

**Vermischte Nachrichten.**

— (Das Programm für die Eröffnung der Gotthardbahn) ist wie folgt festgesetzt: Den 21. Mai Extrazug für Gäste aus Italien und dem Kanton Tessin: Abgang von Mailand 8 Uhr 30 Min. Vormittags, Ankunft in Luzern 7 Uhr Abends; Extrazug für die deutschen und schweizerischen Gäste: Abgang von Basel 5 Uhr 30 Min. Nachmittags, Ankunft in Luzern 8 Uhr 10 Min. Abends. — 22. Mai: in Luzern bei gutem Wetter 10 Uhr Vormittags Seefahrt event. Fahrt auf den Rigi für deutsche und italienische Gäste: 5 Uhr Abends: Empfang der deutschen, italienischen und schweizerischen Gäste durch den Bundesrath und die Gotthard-Direktion im Hotel Ra-

fional; um 6 Uhr Abends Bankett im Schweizerhof, 9 Uhr Illumination und Feuerwerk. — 23. Mai: Festfahrt von Luzern nach Mailand; um 7 U. 25 M., 7 U. 50 M. Vorm. gehen 3 Bahnzüge ab Luzern. Bei den interessantesten Punkten der Bahn wird angehalten, Erfrischung in Göschenen; um 2 1/2 Uhr Nachmittags Diner in Luzern. Darauf Abfahrt des Festzuges von Luzern, um 5 Uhr 15 M., 5 Uhr 30 Min. Nachm. — 24. Mai: Mailand. Das Programm für die Festlichkeiten wird in Mailand mitgetheilt werden. 25. Mai: Rückfahrt von Mailand nach Luzern 9 Uhr 15 Min. resp. 9 Uhr 40 Min. Vormittags (2 Extrazüge); um 7 Uhr Abends langt der erste Extrazug in Luzern an, um 8 Uhr, 8 Uhr 20 Min. der andere in Zürich und 7 Uhr 35 Min. in Luzern. Damit endigen die Festlichkeiten.

**Neueste Telegramme.**

Berlin, 13. Mai. Reichstags. Tabakmonopol. Sander empfiehlt besonders die Erhöhung der Branntweinsteuer. Durch das Monopol werde der Konsum des Tabaks zurückgehen und dadurch das Monopol werthlos. Wöllwart: Das Monopol ist ein Akt der Gerechtigkeit gegen Süddeutschland; wir besteuern dadurch auch Ausländer und Fremde, welche oft monatlange in Deutschland sich aufhalten, ohne einen Pfennig zu den Steuern beizutragen.

v. Göler (konservativ) ist gegen das Monopol; es bedeute eine schwere wirtschaftliche und sociale Schädigung; er spricht sich dagegen für eine Erhöhung der Böttchensteuer und der Branntweinsteuer aus. Barth kritisiert sehr abfällig die sozialistische Tendenz des Monopols und will eine Ablehnung im Plenum.

Unterstaatssekretär Nagr: Das Monopol bedeute in keiner Weise eine Belastung des kleinen Mannes. Die Ablehnung könne die Tabakindustrie nicht beruhigen; die jegige niedere Tabaksteuer könne dauernd nicht aufrecht erhalten werden. Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Hammerstein ist aus wirtschaftlichen Gründen für das Monopol, dessen unbestreitbarer Nutzen durch keinen der vorgebrachten Gründe widerlegt sei.

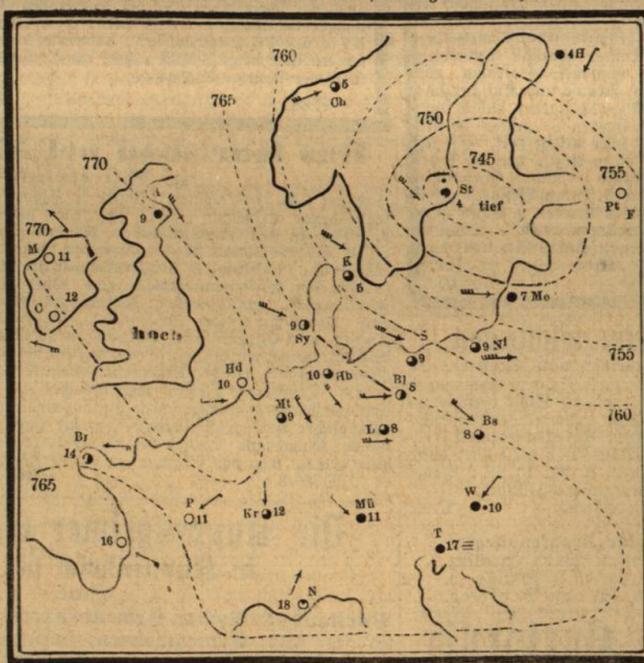
Bei sodann erfolgter namentlicher Abstimmung wird mit 162 Stimmen gegen 121 die Ueberweisung der Monopolvorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern angenommen.

**Großherzogl. Hoftheater.**

Sonntag, 14. Mai. 67. Ab.-Vorst. Carmen, Oper in 4 Akten von H. Meilhac u. L. Halévy. Musik von Georges Bizet. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 16. Mai. 66. Ab.-Vorst. Die Waife von Lotwood, Schauspiel in 2 Abtheilungen und 4 Akten mit freier Benützung des Romans von Currier Bell von Charlotte Birch-Pfeiffer, Jane Eyre: Frl. Fischer von Wien als Gast. Anfang 1/2 7 Uhr.

**Wetterkarte vom 13. Mai, Morgens 8 Uhr.**



Erklärung. Die den Stationen beigefügten Zahlen geben die Temperaturgrade nach Celsius an; die den Kurven (Hobaren) beigefügten Zahlen bezeichnen auf das Meer reduzierten Barometerstand in mm.

A. Aberdeen.	H. Hannover.	L. Leipzig.	N. Neufahrwasser.	T. Trier.
B. Berlin.	Ib. Hamburg.	M. Müllersdorf.	P. Paris.	W. Wien.
Br. Breslau.	Id. Jever.	Mo. Mühlheim.	Pt. Petersburg.	
Bs. Bremen.	I. Le Havre.	Mi. München.	S. St. Petersburg.	
C. Const.	K. Kopenhagen.	Mn. Nürnberg.	St. Stockholm.	
Oh. Christianstadt.	Kr. Karlsruhe.	N. Nizza.	Sy. Sydt.	

**Uebersicht der Witterung.** Das Minimum, welches gestern über Südschweden lag, ist mit zunehmender Tiefe ostwärts nach der mittleren Ostsee fortgeschritten, während auf den Britischen Inseln der Luftdruck bis über 770 mm gestiegen ist. Dem entsprechend wehen bei unbedeutendem, böigem Wetter im südlichen und mittleren Ostsee-Gebiete stürmische westliche und nordwestliche Winde, an der ostpreussischen Küste voller Westwinde. In Binnenlande dagegen dauert das ruhige, heitere und trockene Wetter fast unverändert fort. Außer am Fuße der Alpen ist in Deutschland die Temperatur überall gesunken und liegt daselbst allenthalben unter der normalen.

Karlsruhe.	Barom.	Thermom.	Absolute Feuchtigk.	Relative Feuchtigk.	Wind.	Himmel.	Bemerkung.
12. Morgs. 9 Uhr	755.8	+16.0	10.15	75	N <sub>0</sub>	klar	—
13. Morgs. 7 Uhr	757.5	+10.6	6.90	73	N <sub>0</sub>	bedeckt	—
„ Morgs. 2 Uhr	756.2	+16.6	4.20	30	NE <sub>1</sub>	wenig bew.	—

**Witterungsaussichten für Sonntag den 14. Mai:**

Reiß heiter; kühle Nacht; trocken. Meteorologische Centralstation Karlsruhe.

**Frankfurter telegraphische**

Kurzberichte vom 13. Mai 1882.		
Staatspapiere.	Bahnaktien.	
D. Reichs-Anl. 101.87	Buchtdrader 145 3/4	
Preuss. Consols 101.87	Staatsbahn 286 3/4	
4% Bayern i. M. 101.87	Galizier 268 3/4	
4% Baden i. M. 101.68	Nordwestbahn 178 3/4	
4% i. Guld. 100.37	Lombarden 127	
Prioritäten.		
Deft. Papierrente (Mai-Nov.) 65.06	5% Lomb. Prior. 100.62	
Defterr. Goldrente 80 3/4	3% „ (alte) 57 1/4	
Silberrent. 65 3/4	3% „ (neue) 57 1/4	
4% Ungar. Goldr. 75 1/4	3% „ (alte) 57 1/4	
Russ. Oblig. 1877 86 3/4	3% „ (neue) 57 1/4	
Orientanleihe II. Em. 57 1/4	Deft. Koale 1880 123 3/4	
Banken.		
Kreditaktien 294 3/4	Deft. Wechsel a. Amst. 169.55	
Wien. Bankverein 101 3/4	„ „ Lond. 20.44	
Deut. Effekt.- u. B. 170.40	„ „ Paris 81.20	
Bank 134 3/4	„ „ Wien 170.40	
Darmstädter Bank 164 3/4	Napoleons'or 16.22	
Meining. Kreditb. 93 1/2	Nachbörse.	
Basler Bankver. 147	Darmstädter Bank 164 3/4	Kreditaktien 293 3/4
Disconto-Comm. 215.50	Meining. Kreditb. 93 1/2	Staatsbahn 286 3/4
	Basler Bankver. 147	Lombarden 126 3/4
	Disconto-Comm. 215.50	Tendenz: fest.
Berlin.		
Deft. Kreditakt. 591	Kreditaktien 293 3/4	
„ Staatsbahn 574	Marknoten 345.90	
Lombarden 254	Marknoten 345.90	
Disco.-Comm. 215.70	Tendenz: matt.	
Laurahütte 114.10	5% Anleihe 117.10	
Dortmunder 114.10	Staatsbahn 286 3/4	
Rechte Oberufer 181.25	Lombarden 126 3/4	
Tendenz: —	Italiener 89.70	
	Tendenz: matt.	

Verantwortlicher Redakteur: F. Kestler in Karlsruhe.

**Wasserstand des Rheins. Mainz, 13. Mai, Morgs. 4.10 m, gefallen 16 cm.**

**Karlsruher Staudesbuch-Auszüge.**

**Geburten.** 8. Mai. Bertha Karolina, B.: Frdr. Frisch, Bierbrauer. — 10. Mai. Emilie, B.: Alb. Schach, Domänenrath. — 12. Mai. Rudolf, B.: Wilh. Krauß, Metzgermeister.

**Cheaufgebote.** 13. Mai. Frdr. Spertling von Bischwill, Trompeter hier, mit Rosina Bapenscheller von Weichingen. — Johann Reich von Kleinglattbach, Gärtner in Enzberg, mit Anna Lebrle von Pfandhausen.

**Eheschließungen.** 13. Mai. Alb. Winkelschneider von Darmen, Vergolter hier, mit Rosina Fimber von Winterbach. — Frdr. Gerlach von Heilsheim, Schriftf. hier, mit Ernestine Klump von hier.

**Todesfälle.** 12. Mai. Hans, 4 M. 2 J., B.: Schneider Kovar. — Franz, 26 J., B.: Maurer Herbe. — 13. Mai. Genoveva, Ehefrau des Wittmalenhandlers Sieben, 66 J. — Johann Gottfried Eberlin, Chemann, Oberpost-rath a. D., 80 J.

**Endingen, 12. Mai.** Otto Raubacher. — **Ettlingen, 10. Mai.** Jakob Dörfler, 89 J. (gest. in Stuttgart). — **Wingolsheim, 11. Mai.** Hermann Stödel Wwe., geb. Thome, 89 J. — **Mühlheim, 10. Mai.** Joh. Georg Schneider, Mechaniker, 62 J.

